

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten der Grünen des Oberösterreichischen Landtags betreffend Schluss mit der Wohnkostenexplosion – 5 Punkte für leistbares Wohnen

Gemäß § 25 Abs. 7 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung einzusetzen, dass die gesetzlichen Grundlagen für folgende Punkte zur Absicherung des leistbaren Wohnens geschaffen werden:

1. Mietkostenbremse – Die Wohnkostenerhöhung wird halbiert.

In den Jahren 2024 bis 2027 sollen die Indexierung der Mieten im Sinne eines Halbe-Halbe-Prinzips zur Hälfte von Mieter:innen und zur anderen Hälfte von Vermieter:innen getragen werden. Diese zeitlich befristete Regel soll für alle Mietverhältnisse (Richtwert, Kategorie, Genossenschaft und freier Mietzins) gelten.

2. Mehr Fairness, Transparenz und Ökologie für das österreichische Mietrecht

Das derzeitige Mietrecht ist veraltet und gehört reformiert. Künftig soll bis 25 Jahre nach Erbau einer Immobilie weiterhin eine freie Mietzinsbildung möglich sein. Danach gilt ein vorgegebener Basismietzins, der je nach Qualität und thermischer Beschaffenheit der Wohnung erhöht oder gesenkt werden kann.

3. Empfindliche Leerstandsabgabe ermöglichen

Das Volkswohnungswesen soll in den entsprechenden Teilen in die Kompetenz der Länder übertragen werden, damit spekulativer Leerstand durch die Landesregierung besteuert werden kann.

4. Starke Grundsteuer für eine starke Bodenpolitik

Um gegen Bodenspekulation und Nicht-Nutzung vorzugehen, soll die Grundsteuer umstrukturiert werden, indem insbesondere für länger als ein Jahrzehnt unbebautes Bauland die Besteuerung schrittweise angehoben wird.

5. Wohnbauförderung zukunftsfit machen

Die Wohnbauförderungsmittel und deren Rückflüsse sollen wieder zweckgebunden werden. Um nachhaltig leistbare Mieten zu garantieren, sollen gemeinnützig bzw. mit geförderten Mitteln erbaute Wohnungen auf Lebensdauer der Spekulationslogik entzogen werden.

Begründung

Die Wohnkosten explodieren. Viele Menschen geben einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für ihre Wohnung aus, viele können sich ihre Mieten nicht mehr leisten. Ständig weiter steigende Wohnkosten bedeuten für die Oberösterreicher:innen, dass sie immer höhere Ausgaben bei gleichem Einkommen haben und ihnen eine hohe Verschuldung droht. Durch die grassierende Teuerung hat sich die Wohnungsfrage bedeutend verschärft.

Es ist Aufgabe der Politik das Grundbedürfnis nach bezahlbarem Wohnraum sicherzustellen. Die Landesregierung ist dazu aufgerufen, die Wohnbauförderung effektiv zu nutzen und zusätzliche dauerhaft günstige Mietwohnungen zu schaffen, zu welchen alle Oberösterreicher:innen Zugang haben. Das wohnbaupolitische Ziel muss eine Wohnkostengarantie sein: Ein Drittel des Einkommens für das Wohnen muss genügen. Dies ist erreichbar durch den Neubau von preisgünstigen Wohnungen, durch die Mobilisierung und Sanierung von bestehendem, leerstehendem Wohnraum und durch eine Politik, die konsequent gegen Spekulation und übermäßige Mietzinserhöhungen vorgeht. Wohnen ist keine Ware und darf nicht nach einer neoliberalen Marktlogik funktionieren.

Bereits getätigte wichtige Schritte zu mehr Leistbarkeit bei der Miete sind auf Bundesebene die Abschaffung der unfairen Makler:innenprovision und der Start des Wohnschirms, der zielgerichtet Menschen hilft, die in Kostenschwierigkeiten geraten sind. Um die Wende bei der Wohnkosten-Teuerung zu schaffen, braucht es aber noch weitere bundesgesetzliche Reformen, die den Menschen leistbares Wohnen sichert.

Linz, am 12. Juni 2023

(Anm.: Fraktion der Grünen)

Mayr, Engl, Bauer, Vukajlović, Schwarz, Hemetsberger, Ammer